

16. Landtag von Baden-Württemberg, 146. Sitzung
Mittwoch, 24. März 2021, 10 Uhr

1. Rede

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

zur

Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 22. März 2021

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Für uns seitens der CDU-Fraktion steht ebenfalls die Gesundheit im Vordergrund. Wir müssen mit Bedacht, mit Besonnenheit und Umsicht diese Pandemie bekämpfen und hoffentlich auch bald – in einigen Monaten – besiegen. Es war richtig, bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz Anfang des Monats auf mehr Öffnung, mehr Leben und mehr Freiheit zu setzen, und es war auch gut, ein Stufenschema zu beschließen, in welchem Öffnungsschritte und Meilensteine klar definiert und auch konditioniert werden. Aber leider geht der Trend bei den Infektionszahlen deutlich in die falsche Richtung. Wir sehen eine sehr dynamische dritte Welle, die vor allem von der besonders ansteckenden

und gefährlichen Virusvariante angetrieben wird. Die Sieben-Tage-Inzidenz hat sich seit Anfang des Monats mehr als verdoppelt. 20 der Kreise in Baden-Württemberg liegen schon wieder über 100. Der R-Wert ist mit 1,3 mittlerweile viel zu hoch, und es gibt inzwischen auch viele schwere Verläufe bei jüngeren Patienten und hohe Infektionszahlen bei Kindern. Das macht uns allen natürlich neue Sorgen. Wir haben auch gesehen, dass die Zahlen der Covid-Patienten auf den Intensivstationen wieder ansteigen und mittlerweile ein kritisches Niveau erreicht haben. Wir sind in der schwierigsten Phase der Pandemie, wie es vom Ministerpräsidenten zu Recht ausgeführt wurde. Deshalb sage ich allen, die hier helfen, die Tag und Nacht das Virus bekämpfen, auch an dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Notbremse war vereinbart. Sie ist nicht nur für das Schaufenster bestimmt, wie Kollege Schwarz zu Recht sagt. Das muss natürlich jetzt auch gelten. Denn der Regierungschef hat mit Blick auf die Mutante von einer neuen Pandemie gesprochen. Eine neue Pandemie verlangt eine neue Reaktion, und deshalb treten neben die Maßnahmen nach der Beschlusslage von Anfang März jetzt auch weitere Maßnahmen. Wir unterstützen generell den Kurs der Vorsicht, aber auch den Kurs der Vernunft, und es ist gut, dass jetzt offene Fragen noch einmal in einer Schalte der Ministerpräsidenten besprochen werden. Denn die müssen geklärt werden. Wir brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung.

Klar ist auch: Wo die Inzidenzen weiter niedrig sind, muss auch weiter mehr öffentliches und wirtschaftliches Leben möglich sein. Denn der MPK-Beschluss postuliert ausdrücklich entsprechende Modellprojekte, auch Modellregionen. Ich habe gestern auch im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten gesagt, dass wir diesen differenzierten und regionalisierten Ansatz beibehalten müssen und ihn weiterentwickeln. Dafür möchte ich werben. Denn wir begrüßen die Lösung, dass man regionalspezifisch unterwegs ist.

Denn wie unterschiedlich lokale Inzidenzen ausfallen, sehen wir z. B. im Kreis Schwäbisch Hall. In Schrozberg haben wir mit fast 1 200 einen Inzidenz-Hotspot, und im gleichen Kreis, in Michelbach, liegt er fast bei Null. Das zeigt, dass wir nicht nur darauf schauen dürfen, wie viele Menschen sich infizieren, sondern immer auch darauf schauen müssen, wer sich wo genau infiziert. Deshalb teilen wir die Haltung des Deutschen Städtetags, dass wir ergänzend zur Inzidenz auf weitere Faktoren achten müssen. Das wurde eben zu Recht dargelegt. Auch unsere Verfassung verlangt eine ständige Neutarierung.

Je länger die Pandemie dauert, desto mehr muss der Staat – ich zitiere Ferdinand Kirchhof – „subtiler und differenzierter agieren“. Deshalb müssen wir auch weiter an zusätzlichen Perspektiven für sichere und beschützte Öffnungen arbeiten. Denn eines ist sicher: „Bauernhofferien zu, aber Ballermann auf“, das machen die Leute nicht mit. Da sind wir ganz einer Meinung.

Natürlich muss jetzt auch die Frage „Ruhetag oder Feiertag?“ geklärt werden, und es müssen nachvollziehbare Antworten gegeben werden. Wir sehen es übrigens auch so: Jetzt wird ja über das Vorgehen bei den Kirchen gesprochen. Auch dort setze ich auf die Gespräche der Regierung mit den Kirchen und auch auf Klugheit. Auch der Papst feiert allein oder teilweise in kleinem Rahmen mit Wenigen. Aber es gibt Konzepte. Das sind wichtige Grundrechte, und das muss sauber geklärt werden. Dafür stehen wir. Gerade auch bei der Wirtschaft ist natürlich dieses Thema jetzt aufgekommen: Wie geht es weiter? Die Sorgen haben zugenommen. Wir hören und lesen es jeden Tag.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte sehr.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Herr Reinhart, für die Zulassung der Zwischenfrage. – Sie hatten ja gerade einen Vergleich mit Ballermann und Bauernhof gezogen. Da gebe ich Ihnen völlig recht. Aber wie sieht es denn beim Einzelhandel und bei den Supermärkten aus? In einen Lebensmittelsupermarkt dürfen Hunderte hinein, während in ein Einzelhandelsgeschäft mit „Click and Meet“ nicht einmal eine Person hineindarf. Können Sie das nachvollziehen, Herr Reinhart?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sie wissen, dass wir seitens unserer Fraktion gerade beim Einzelhandel ständig Perspektiven und kluge Lösungen gefordert haben. Dazu zählt auch „Click und Collect“, wo die Wirtschaftsministerin sehr früh einen Vorschlag eingebracht hat. Insoweit geht es natürlich generell darum: Nicht nur der Einzelhandel, sondern die gesamte Wirtschaft muss in den Blick genommen werden. Es ist gut, dass mittlerweile die November- und Dezemberhilfen ausgezahlt sind. Es sind mittlerweile 1,3 Milliarden € an die Unternehmen in Baden-Württemberg geflossen. Seit einigen Tagen laufen die Vollauszahlungen der Überbrückungshilfe III. 90 %, die einen Antrag gestellt haben, haben schon Abschlüsse bekommen. Der Kollege Schwarz hat zu Recht auch die Soloselbstständigen angesprochen. Bereits 11.000 Soloselbstständige haben Direktzahlungen aus der Neustarthilfe erhalten. Natürlich müssen wir, wenn jetzt der

Härtefall kommt, auch schauen, dass Bund und Länder denen zur Seite springen, die wir mit den bisherigen Hilfen noch nicht erreicht haben. Es müssen Lücken geschlossen werden. Ich nenne auch die Gastronomie, den Tourismus, den ÖPNV. Dort haben wir gerade die Landesprogramme verlängert. Auch müssen wir jetzt schon an Impulse und Stimulationsprogramme für die Zeit nach der Krise denken. Wir brauchen einen Marshallplan für die Innenstädte. Dorthin muss das Leben wieder zurückkehren. Dort muss das Leben wieder neu aufblühen. Darüber müssen wir sprechen.

Mit ganz besonderer Sorgfalt müssen wir auch entscheiden, wie es an den Schulen weitergeht. Es wurde angesprochen: Die KMK hat einen Konsens bekräftigt. Die Schulen müssen im Vergleich zu allem anderen am längsten geöffnet bleiben. Wir müssen alles tun, um den Präsenzbetrieb zu ermöglichen und zu schützen. Viele Schulen im Land sind bereits in regelmäßige Reihentests – zweimal pro Woche – eingestiegen. Damit sind sie auch nach den Osterferien zu Präsenzunterricht bereit. Das wird zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz flächendeckend ausgerollt. Auch die Lehrerinnen und Lehrer in der Impfpriorität vorzuziehen war aus unserer Sicht die richtige Entscheidung. Bildung ist Kinderrecht, und gute Bildung geht nur im Klassenzimmer. Deshalb müssen wir mit Testen und Impfen zu einem beschützten Präsenzunterricht kommen, solange das vertretbar und möglich ist. Übrigens gilt generell „Tina“, also testen, impfen, nachverfolgen und Abstand halten. Wir müssen auch schauen – das wurde angesprochen –, dass qualifizierte individuelle Förder- und Nachholprogramme geboten werden, um verpassten Stoff nachzuholen, um Lernlücken zu schließen. Deshalb begrüßen wir die Bund-Länder-Beratungen zur sogenannten Nachhilmilliarde. Kein Kind darf wegen der Pandemie zurückbleiben. Darum geht es uns.

Gerade das Testen ist und bleibt als Brücke bis zum Durchgreifen des Impfeffekts das Mittel der Wahl. Das eben angesprochene Pilotprojekt „Öffnen mit Sicherheit“ in Tübingen mit Dr. Federle zeigt, was auch in der dritten Welle möglich ist. Das setzt Maßstäbe. Solche Testsysteme müssen wir zusammen mit den Kommunen, zusammen mit den Unternehmen überall im Land umsetzen. Inzwischen sind auch genügend Tests vorhanden. Das schafft Sicherheit und vor allem auch mehr Freiheit.

Wichtig ist auch, dass die Corona-App eine effektive Check-in-Funktion bekommt. Hier schlummern noch ungenutzte Potenziale zur Pandemiebekämpfung. Der Vorrang des Datenschutzes gilt in Deutschland aus meiner Sicht zu absolut. Hier muss eine wichtige Güterabwägung zugunsten von Gesundheit und zum Schutz von Leib und Leben

vorgenommen werden. Auch beim europäischen Impfnachweis muss es vorangehen, dass statt Prinzipienreiterei wieder Mobilität und Pragmatismus möglich werden.

Das wichtigste Mittel ist aber das Impfen. Natürlich hat der kurze Stopp von AstraZeneca einen Rückschlag bedeutet, vor allem auch psychologisch. Die EMA hat den Nutzen von AstraZeneca jetzt als vielfach höher bezeichnet als die Risiken. Der Sozialminister hat betont, man müsse akzeptieren, wenn die Wissenschaft die Nebenwirkungen nochmals prüfen will.

Jetzt geht es darum, die Impfdelle möglichst schnell auszubeuken und die ausgefallenen Termine nachzuholen. Denn die Impfstoffliefermengen wachsen jetzt – wie von Beginn an geplant – schnell. Wir werden bis Mitte April weitere knapp zwei Millionen Dosen verimpfen können. Dann kommen auch die Haus- und Betriebsärzte zunehmend ins Spiel, und dann ist hoffentlich für alle ein Impfangebot möglich. Denn der bremsende Effekt der Impfungen wird sich leider erst ab Mai in den Infektionskurven klar zeigen.

Ich werbe deshalb für Zustimmung, dass wir hier vorankommen. Wir haben heute die Kritik des Bundesvorsitzenden der FDP gehört.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich glaube, es war ein hartes Jahr, ein schweres Jahr der Pandemiebekämpfung, die noch nicht zu Ende ist. Wir haben das Land bisher gemeinsam gut durch die Krise gelotst. Wir, die Regierungsfractionen, haben miteinander gute Lösungen gefunden, um Leben zu schützen, um Existenzen zu sichern, um das Land zusammenzuhalten.

Ich nenne hier die Soforthilfen für die Wirtschaft, unsere Pakete für Kommunen, Pakete für Familien, unser Programm „Zukunftsland Baden-Württemberg“. Unsere Zusammenarbeit war stark, ist stark, und sie ist tragfähig. Sie ist eine Erfolgsgeschichte für dieses Land Baden-Württemberg. Ich stimme Ihnen, Herr Kollege Stoch, zu: Wir werden diese Pandemie meistern. Deshalb ist es wichtig, dass wir das gemeinsam unternehmen und starke Brücken bauen zwischen uns, auch in der Gesellschaft, über die Krise hinweg. Das wünscht sich die Bevölkerung. Vor allem waren und sind wir verlässlich. Wichtig ist Stabilität in der Krise. Deshalb geht es auch nach der Krise mit uns in eine gute Zukunft in diesem Land Baden-Württemberg.